

Am: EDA
 Telegrammdienst
 3003 Bern

Dodis

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

*Wodentelex
 WPS USA Genév
 Mäz 1991*

Chiffriert <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Priorität <input type="checkbox"/> Norm. <input type="checkbox"/> Dring. <input type="checkbox"/> Flash	Faktura <input type="checkbox"/>	Text eig. <input type="checkbox"/>	F.I. <input type="checkbox"/>	Absender _____	Seite-Nr. _____
---	--	-------------------------------------	---------------------------------------	----------------------------------	-------------------	--------------------

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

A r b e i t s b e s u c h v o n S t a a t s s e k r e -
 t a e r J a c o b i i n d e n U S A , 2 . b i s 8 .
 M a e r z 1 9 9 1

JAC stattete den USA einen dreiteiligen Arbeitsbesuch ab. Am 2. Maerz eroeffnete er zusammen mit dem frueheren US-Aussenminister George Shultz das Jubilaeumssymposium in Palo Alto (Kalifornien), mit dem die Universitaet Stanford ihren hundertsten Geburtstag und gleichzeitig 700 Jahre Eidgenossenschaft feierte. JAC sprach ueber 'Switzerland in a changing world'.

Vom 7. - 8. Maerz stattete JAC New York einen Besuch ab, wo er vor den drei wichtigsten schweizerischen resp. schweizerisch-amerikanischen Vereinigungen ueber 'An emerging new world order: Swiss responses' referierte sowie mit UNO-Generalsekretaeer Perez de Cuellar einen intensiven Meinungs austausch pflegte.

Im Zentrum des USA-Besuches standen vom 4. - 6. Maerz ausgedehnte politische Gespraechе in Washington mit hohen Beamten des Staatsdepartementes, des Finanzdepartementes und des Nationalen Sicherheitsrates sowie mit einigen Senatoren. Gegenstand bildeten vor allem der Golfkrieg und der Nahe Osten, die Entwicklungen in Osteuropa und die europaeische Architektur, die Regionalkonflikte, bilaterale Fragen sowie ein Tour d'horizon anderer aktueller

Datum:

Visum:

Telex-Nr.:

Dodis



Art: EDA
Telegrammdienst
3003 Bern

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F. I.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

<input type="checkbox"/>

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

weltpolitischer Fragen.

Die 21 ausgedehnten Gespraechе lassen sich hier nicht einzeln wiedergeben. Im Teil II findet sich eine geraffte Zusammenfassung. Die detaillierten Einzelprotokolle werden spaeter den direkt interessierten Vertretungen per Kurier zugesandt.

Datum:

Visum:

Telefon:

A r b e i t s b e s u c h v o n S t a a t s s e k r e -
t a e r J a c o b i i n d e n U S A , 2 . - 8 . 3 . 1 9 9 1

JAC führte in Washington und New York politische Gespräche mit folgenden Personen:

- a) Washington Veteranensekretär E. Derwinsky, Sonderberater des Präsidenten im Nationalen Sicherheitsrat D. Gompert, vom Staatsdepartement die Untersekretäre R. Kimmitt und R. Bartholomew, die Assistenzsekretäre J. Dobbins, K. Quinn, R. Shifter, H. Cohen, B. Aronson und J. Kelly, Departementsberater R. Zoellick sowie Rechtsberater E. Williamson, vom Finanzministerium den stellvertretenden Schatzsekretär J. Robson, vom Transportministerium den Assistenzsekretär J. Shane, vom Internationalen Währungsfonds den Wirtschaftsberater J. Frenkel sowie die Senatoren K. Bond, A. Simpson, R. Lugar und T. Stevens.
- b) New York UNO Generalsekretär J. Perez de Cuellar und Assistenzgeneralsekretär G. Pieco.

Die Gespräche lassen sich thematisch gegliedert wie folgt zusammenfassen:

1. G o l f k r i e g / N a h e r O s t e n

JAC drückt gegenüber seinen Gesprächspartnern die Anerkennung für ihre konsequente Linie und für den militärischen Erfolg aus, dessen rasche Verwirklichung grössere Opfer vermieden habe. Von schweizerischer Seite her erläutert er die Leistungen von 100 Mio. \$ an die Frontlinienstaaten, wobei Jordanien trotz seiner Haltung zugunsten des Irak weiter unterstützt werden soll. Die USA dagegen haben ihre Hilfe für dieses Land für 90 Tage ausgesetzt. Sein weiteres Verhalten sei massgebend für einen definitiven Entscheid, wobei im Kongress die Meinung vorherrscht, man könne Jordanien aufgrund seiner wichtigen Stellung im zukünftigen

diplomatischen Prozess nicht fallen lassen. Was die Koordination der Wirtschaftshilfe an die Frontlinienstaaten durch die Gulf Crisis Financial Coordination Group angeht, so schwebt den USA eine Ausweitung deren Aktivitäten vor, indem die Industriestaaten und die Oelexportstaaten zusammenarbeiten sollten, um die Region wirtschaftlich wieder aufzubauen. Die Schaffung neuer Institutionen sei zu verhindern.

JAC hat Vorbehalte gegenüber der italienischen Idee einer KSZM zur Lösung der Probleme im Nahen Osten mit 45 Teilnehmerstaaten (ohne Schweiz). Beide Seiten sind sich einig, dass eine so grosse und heterogene Gruppe nichts zur Lösung beitragen wird.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht die Herstellung des Friedens und einer dauerhaften Ordnung in der Region. Hunderte von Ideen stehen im Raum. Welche wird von den Arabern und Israelis akzeptiert? Für die USA ist im Moment nicht einmal sicher, ob es eine Nahostkonferenz in absehbarer Zeit überhaupt gibt. Eine rasche Forderung danach würde eine Ablehnung Israels provozieren und zugleich den Thesen Saddam Husseins entsprechen. Die Reise von Staatssekretär Baker nach Riad, Kairo, Tel Aviv, Damaskus, Moskau und Ankara diene, mangels eines eindeutigen amerikanischen Nachkriegskonzeptes, vor allem dem Hinhören. Das am 6. März veröffentlichte Communiqué im Anschluss an das Aussenministertreffen des Golfkooperationsrates, Aegyptens und Syriens in Damaskus wird als interessante Grundlage betrachtet. Eine arabische Friedenstruppe aus aegyptischen und syrischen Einheiten wird als vernünftig erachtet, da ja eine amerikanische längerfristige Präsenz auf der arabischen Halbinsel in Washington klar ausgeschlossen wird. Die USA begrüssen die Suche nach einer arabischen Lösung, eventuell unterstützt durch UNO-Aktionen, und bezeichnen die Forderungen der 8 Aussenminister als gemässigt. Nähere Aufklärung erhofft man sich von Bakers Rundreise. Als ermutigend wird Syriens Haltung bezeichnet, das allenfalls sich zu einer Anerkennung Israels durchringen könnte.

Einig sind sich beide Seiten, dass vordringlich zwischen Irak und Kuwait eine Lösung gefunden werden müsse. Langfristig gehöre zu

einer dauerhaften Ordnung auch eine 'Demokratisierung' des Nahen Ostens, wobei sozio-kulturelle und historische Bedingtheiten je verschiedene Grundlagen und Erfolgsaussichten in den verschiedenen Ländern bieten.

In Bezug auf die heutige Situation in Kuwait und Irak kann gesagt werden, dass in Kuwait die medizinische Versorgung gesichert sei, an den nötigen Infrastruktureparaturen gearbeitet werde und die Nahrungsmittelverteilung sich rapide verbessert habe. Im Irak weiten sich die Unruhen im Süden aus, werden aber von loyalen Truppen scheinbar erfolgreich bekämpft. Saddam Hussein habe Brigaden von Norden nach Süden verlegt, mit dem Risiko, dass die Kurden sich ebenfalls auflehnen. Entsprechende Berichte seien eingetroffen. Sorge bereitet das Verhalten Irans, das nach seiner lobenswerten Zurückhaltung im Krieg nun die Unruhe im Irak provoziere und an die fundamentalistisch-schiitische Opposition im Irak Waffen liefere. Ebenfalls Sorge für die Zukunft bereiten Nachrichten, wonach die libysche Giftgasfabrik in Rabta entgegen früheren Informationen operationell sei und sogar noch vergrößert werde.

2. Entwicklungen in Osteuropa

In der UdSSR hat Gorbatschow nach Auffassung der USA aus Angst vor dem Zerfall der Union und der eigenen Macht einen Prioritätsentscheid gefällt, der im Gegensatz zur ursprünglich verfolgten Politik der politischen und wirtschaftlichen Reform steht. Dennoch bleibt er für die USA einziger valabler Gesprächspartner, der nach Schewardnades Ausscheiden die Außenpolitik stärker als vorher selber bestimmt. Eine Destabilisierung der Sowjetunion steht nicht im Interesse der USA, wiewohl sie das Unabhängigkeitsrecht der baltischen Republiken anerkennen, die das jetzige Momentum letztlich wohl zum Erfolg führen wird. Die USA haben Moskau gewarnt, dass Truppeneinsätze gegen nationalistische Bewegungen auch ausserhalb des Baltikums die bilateralen Beziehungen stark trüben würde. Man hofft, dass diese Taktik Erfolg haben werde. In Washington billigt man

Gorbatschow zu, dass er letztlich nicht direkt für den harten Einsatz im Baltikum verantwortlich gewesen sei, der eine Ueberreaktion von anderen Personen darstelle. Die UdSSR hat, nach Anrufung des KSZE-Mechanismus durch die Schweiz, auch zugegeben, dass einiges im Baltikum schief gelaufen sei. In Washington herrscht allgemein Sorge über das überhandnehmende Gewicht der sowjetischen Militärs in der Politik, die nach wie vor die Auflösung des Warschauer Paktes innerlich noch nicht akzeptiert haben und sich auch auf dem Gebiet des CFE I-Vertrages und der Start-Verhandlungen immer mehr durchsetzen. Die Umteilung von regulären Truppen in Marineeinheiten zwecks Entzug aus der CFE-Zählung verunmöglicht den USA eine Ratifikation, welche ihrerseits Bedingung für einen erfolgreichen Abschluss der Start-Verhandlungen ist. Und letztlich komme ein Gipfel Bush-Gorbatschow nur zustande, wenn ein Start-Vertrag unterschriftsreif vorliegt. Ebenfalls Schwierigkeiten bereitet die UdSSR bei der Inspektion im bilateralen C-Waffen-Vertrag, der von den USA deswegen nicht ratifiziert werden kann. Alles in allem werden die Beziehungen zur UdSSR als harziger denn bisher beurteilt.

In den übrigen osteuropäischen Staaten werden übereinstimmend positive Entwicklungen festgestellt. Besonders B u l g a r i e n wird lobend erwähnt. Bei R u m a e n i e n beurteilen die USA die Situation etwas positiver als JAC. P o l e n bedarf besonderer Unterstützung, der Internationale Währungsfonds ist bereit, einen gewissen Schuldenerlass zu diskutieren. Die USA sind über den sog. 'Tyminski-Effekt' beunruhigt, der doch grosse Lücken im Demokratieverständnis offenbart habe. Im Zusammenhang mit Osteuropa erklärt JAC unser Konzept der an politische Bedingungen geknüpften und vorzugsweise kleineren Ländern gewährten Hilfe, wobei noch unklar sei, wie die Sowjetunion behandelt werden solle (Hilfe an die Union oder an die Republiken?). Unter dem Stichwort 'promise now - give later' sollte die Hilfe an die UdSSR an gewisse Bedingungen wirtschaftlicher und positiver Reformen gebunden werden. JAC bemängelt ferner, dass die USA im Rahmen der von der G-24 koordinierten Hilfe die Koordinationsaufgabe der EG zugeschanzt habe, während die OECD dafür besser geeignet sei. Die

USA ihrerseits knüpfen ihre Hilfe ebenfalls an den Stand der politischen Reformen und plädieren sogar für eine Verdoppelung zugunsten Polens, Ungarns und der CSFR. Der UdSSR wird vorläufig nur in bescheidenem Umfang medizinisch-humanitäre Hilfe gewährt. Bevor nicht Wirtschaftsreformen greifen, kommt keine grössere Aktion in Frage. Unterstützung direkt an die Republiken wird nur mit Einverständnis Moskaus gewährt.

Ein besonderes Kapitel bilden Jugoslawien und Albanien.

J u g o s l a w i e n s Situation wird übereinstimmend als ziemlich schlecht bezeichnet. Die USA wollen der EG eine aussenpolitisch aktive Rolle zuhalten, indem Brüssel einerseits Serbien vor Gewaltanwendung und andererseits Slowenien und Kroatien vor Provokationen warnen soll. Daneben darf die Bundesregierung als solche nicht unterminiert werden. JAC ist bezüglich eines Erfolges eher skeptisch, erschöpfe sich bis heute die gemeinsame Aussenpolitik der 12 doch im Deklamatorischen. Bezüglich A l b a n i e n betont JAC die Wichtigkeit eines Einschlusses dieses Landes in die Hilfe. Die USA hoffen, mit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vermehrt positiven Einfluss zu haben. Uebereinstimmend glaubt man, dass ein Gesuch Albaniens an die KSZE betr. Beobachtung der Wahlen dieses Land etwas aus der Isolation herauslösen könne.

3. KSZE

Die USA bezeichnen die KSZE als eine der wichtigsten Komponenten beim Zustandekommen der deutschen Vereinigung und des 2 + 4 - Vertrages, dessen in Angriff genommene Ratifizierung durch die UdSSR hier Erleichterung ausgelöst habe. Ziel der USA in diesem Prozess der letzten 1 1/2 Jahre sei es gewesen, weder die UdSSR noch die BRD zu singularisieren, was praktisch gelungen sei. Die USA ermutigen die UdSSR ständig, im KSZE-Prozess aktiv zu bleiben und verfolgen die Taktik, Moskau klar zu machen, dass es im Baltikum und auch den anderen Republiken im Rahmen der KSZE keine Gewalt geben dürfe; der Westen würde sich einhellig dagegen aussprechen. In Washinton hat man den Eindruck, dass ohne diese

Politik allenfalls im Baltikum gewalttätiger reagiert worden wäre. Für die übrigen ehemaligen WAPA-Staaten gehe es nun darum, mit der KSZE ein ihnen angepasstes Sicherheitsforum zu schaffen, da sie auf keinen Fall in die NATO aufgenommen werden können, würde dies doch die Sicherheitsbedürfnisse der Sowjetunion völlig vernachlässigen. Es gelte, bis zum KSZE-Gipfel von 1992 die KSZE so zu entwickeln, dass die Osteuropäer sich voll integrieren können. Der geltende Mechanismus der Einstimmigkeit verunmögliche nämlich die Behandlung gewisser Anliegen im heiklen Sicherheitsbereich. Die USA sind offen gegenüber der Idee von 'Snap-Meetings' auf der Grundlage von Formeln, welche flexibler als die Konsensusformel sind. Wichtig bleibe dazu, dass die KSZE sicherheitspolitisch nur eine Komplementärinstitution zu anderen Gremien, sprich NATO, sein kann. Erste Priorität im Sicherheitsbereich bleibe für die USA der Abzug der Truppen der UdSSR aus den ehemaligen WAPA-Staaten, was wiederum von der inneren Entwicklung in der Sowjetunion abhängt.

In bezug auf *O p e n S k i e s* beharren die USA auf ihrer Haltung, wonach die nicht den beiden Militärpakten angehörenden Staaten nicht voll teilnehmen sollen, da sie die Zypernfrage nicht in die Diskussion hineinbringen möchten. Andererseits wird dem entgegengehalten, dass mit der Auflösung des WAPA die ehemaligen Mitglieder dieses Paktes, ausser der UdSSR, keinerlei spezielle Berechtigung zur Teilnahme mehr hätten. Was die Erfolgsaussichten von *Open Skies* betrifft, so sehen die USA diese eng an die weitere Entwicklung in der UdSSR geknüpft. Schon jetzt seien durch die Schwierigkeiten bei CFE und Start Rückschläge auf den Stand vor der Ottawa-Konferenz eingetreten.

4. Regionalkonflikte

Bezüglich *S ü d a f r i k a* erklärt JAC die schweizerische Haltung bei den Sanktionen. Die USA, seit 1986 Sanktionen durchführend, deren Aufhebung an verschiedene Bedingungen geknüpft ist, sehen bis im Juni die Erfüllung aller Bedingungen voraus. Es bleiben noch die völlige Abschaffung der Apartheidgesetze und die

Freilassung aller politischer Gefangener. Sobald dies geschehen sei, fallen die Sanktionen automatisch dahin. Bei Erfüllung nur einer dieser bleibenden Bedingungen kann der Präsident bereits mit Zustimmung des Kongresses erste Lockerungen vornehmen. Die politische Entwicklung in Südafrika wird als äusserst positiv angesehen, so dass der Aufhebung wohl nichts im Wege steht. Unter anderen Gesetzen stehen weiterhin der Waffen- und Nuklearhandel, so dass Washington noch genügend Druckmittel in Händen hält.

In A n g o l a verläuft die Entwicklung nach Meinung der USA ebenfalls positiv. Nach guter Vermittlungsarbeit Portugals stehen die wichtigsten Punkte des Waffenstillstandsabkommens zwischen der Regierung und der UNITA. Die USA schlagen die Entsendung eines UNO-Kontingentes von 300 - 800 Mann vor für die Zeit zwischen Waffenstillstand und Wahlen. Diese sollten sobald als möglich stattfinden, da die Regierung relativ instabil ist und möglicherweise vorher auseinanderfallen könnte.

Etwas weniger optimistisch wird die Situation in M o s a m b i k beurteilt. Verhandlungen, unter Vermittlung von Italien, sind noch nicht fixiert. Die Regierung meint, sie seien nicht nötig, da die Hauptforderungen der RENAMO schon erfüllt seien. Diese wiederum will mit Verhandlungen unbedingt eine gewisse Position erreichen, da sie, ungleich der UNITA in Angola, die Wahlen verlieren werde.

In bezug auf V i e t n a m sind die USA zu einer Normalisierung der Beziehungen nur bereit, wenn alle Fragen im Zusammenhang mit Verschollenen, Kriegsgefangenen und sterblichen Hüllen geklärt sind. Keinen Optimismus zeigen die USA bei K a m b o d s c h a, wo eine Lösung durch vietnamesische Hinhaltenaktik verzögert wird. Es ist unklar, wie es weiter geht. Die USA drängen Hanoi, da die Zeit nur für die Khmer Rouge arbeitet, und setzen Vietnam mit der Zurückhaltung von Hilfe über die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank unter Druck. JAC gibt kund, dass die Schweiz bereit sei, in Kambodscha im Rahmen von UNO-Aktionen mitzuwirken, was von den USA begrüsst wird.

Was A f g h a n i s t a n betrifft, so wollen die USA die Hauptrolle der UNO zuweisen, um die UdSSR als Hauptakteur zurückzudrängen. Insbesondere soll die UdSSR der Regierung in Kabul keine Waffen mehr liefern. Auf der andern Seite liefern Saudi-Arabien und Pakistan den Mujaheddin ebenfalls Kriegsgerät. Alles sollte gestoppt und die Waffen verdünnt werden, um die Parteien zu politischen Gesprächen zu zwin- gen. Die USA wären froh um jeden Beitrag, diesen Gordischen Knoten zu durchhauen.

5. Bilaterale Fragen

Die bilateralen Beziehungen erfreuen sich eines ausgezeichneten und ungetrübten Zustandes. Die amerikanische Seite erkundigt sich einzig nach dem Stand des Kaufes des F-18. JAC erklärt, die Erfolge dieses Flugzeuges im Golfkrieg sowie die positiven Evaluationen würden einen Entscheid sicher günstig beeinflussen. Das Problem liege rein im innenpolitischen Bereich: Wird das Parlament einer so grossen Ausgabe zustimmen? Ein Beschluss dürfte sicher nicht vor den schweizerischen Parlamentswahlen im Oktober gefasst werden. JAC gibt noch bekannt, dass auch Schweden im Rahmen der bilateralen Kooperation mit der Schweiz im Bereich der Bewaffnung im Kampffliegergeschäft wieder einsteigen wolle, und dass der französische Premierminister Rocard anlässlich seines baldigen Besuchs in Bern die Frage des Flugzeugs Mirage 2000 aufnehmen dürfte.

6. Verschiedenes

In einem grossen Tour d'horizon streift JAC mit mehreren Gesprächspartnern die Verhältnisse in verschiedenen Weltgegenden. Zusammenfassend beurteilen die USA die Lage wie folgt:

I n d o n e s i e n:

Der Wirtschaftsaufschwung schlägt nach unten durch. Ungleich Malaysia ist kein starker islamischer Fundamentalismus vorhanden. Die Nachfolge von Präsident Suharto sei in keiner Weise geregelt.

P h i l i p p i n e n:

Es bestehen günstige Aussichten für den Abschluss des Basenabkommens, welches dem Land wirtschaftliche Vorteile (80'000 Beschäftigte, 1 Mia \$ Einkommen insgesamt) bringt. Der neue Stabschef von Präsidentin Aquino habe gute Chancen, ihr Nachfolger zu werden.

T h a i l a n d

Durch Gesetz sind die USA verpflichtet, nach dem Militärputsch jegliche Hilfe einzustellen, was das Land in der Modernisierung um gut 20 Jahre zurückwerfen dürfte. Eine Wiederaufnahme kann erst mit der Installierung einer demokratisch gewählten Regierung erfolgen. JAC gibt kund, dass Bundesrat Delamuraz mit Geschäftsleuten eine Reise geplant haben, die jetzt statt nach Thailand nach Malaysia führen werde.

S o m a l i a

Der Staat ist völlig zusammengebrochen. Verschiedene Clans beherrschen das Land. Aus Misstrauen will niemand verhandeln, und es ist auch kein Vermittler in Sicht. Die USA besitzen nach wie vor Zugang zur Basis Berbera, haben sie aber im Golfkrieg nicht benützt. Es gibt dort im Moment weder Personal noch Benzin. Während des Konfliktes wurden Häfen in Kenya zum Auftanken benutzt.

A e t h i o p i e n

In Washington finden Gespräche zwischen der Regierung und den Rebellen der EPFL statt, welche keine Lösung mit Mengistu sehen und diesen gleichzeitig in Zusammenarbeit mit den Rebellen von Tigre militärisch stürzen wollen. Die eriträische Befreiungsfront erhalte die Mittel vor allem von Emigrantenerüberweisungen, mit denen Waffen gekauft werden.

K u b a

Die Schweiz wird ab 1. April 1991 neu auch die kubanischen Interessen in den USA vertreten, welche dieses Mandat sehr begrüßen. Pessimistische Beurteilung der Lage: Castro hat Angst vor Reformen, da er das Schicksal der osteuropäischen Regierungen 1989/90 sieht. Die Wirtschaftslage ist katastrophal. Der Export in die früheren kommunistischen Länder Osteuropas ist zum Erliegen gekommen, das Handels- und Wirtschaftsabkommen mit der UdSSR wird jährlich erneuert und basiert auf Hartwährung, die Oellieferungen

der UdSSR sind so reduziert worden, dass Kuba kein überschüssiges Öl mehr auf dem Weltmarkt absetzen kann, und die aus Angola zurückkehrenden Soldaten spannen den Arbeitsmarkt an.

H a i t i

Gute Beziehungen zu Präsident Aristide, dessen ehrliches Bemühen mit Wirtschaftshilfe belohnt wird.

N i c a r a g u a

Es braucht Zeit, die alten Systeme zu überwinden. Die Aussichten sind relativ günstig, es existiert Presse- und Gewerkschaftsfreiheit. Leider setzen die Sandinisten die Regierung bei jeder wirtschaftspolitischen Massnahme unter Druck, weshalb manches nicht zustande kommt.

E l S a l v a d o r

Die Parlamentswahlen werden von der OAS überwacht. Alle Parteien sind für eine Wahlreform, die Linken werden mit Sicherheit im Parlament vertreten sein. Ein Waffenstillstand zwischen Regierung und FMLN wird nicht vor den Wahlen zustandekommen.

A r g e n t i n i e n / B r a s i l i e n / C h i l e

Sehr gute Beurteilung. Investitionen laufen an. Brasiliens Schulden sind noch zu hoch. Chile ist als erstes lateinamerikanisches Land in den Eurobondmarkt eingestiegen.

Z e n t r a l a m e r i k a insgesamt: die USA verfolgen die Idee, ähnlich der G-24-Hilfe für Osteuropa eine Institution für Zentralamerika zu schaffen unter dem Namen 'Partnerschaft für Demokratie in Zentralamerika'. Teilnehmer sollten die OECD-Länder sowie Mexiko und Venezuela sein. Am 10. April soll in Costa Rica darüber beraten werden. Aussenminister Baker hat Bundesrat Felber zur Teilnahme der Schweiz eingeladen. JAC sichert zu, dass ein Vertreter der Schweiz anwesend sein werde.

Die USA möchten mit Mexiko und Kanada einen trilateralen Freihandelsvertrag aushandeln, der bis Mitte 1992 ratifiziert werden soll; deshalb bestehe ein Interesse an der Verlängerung des "Fast-Track-Verfahrens" im Kongress. Freier Personenverkehr ist jedoch nicht vorgesehen.

Im Bereiche der M e n s c h e n r e c h t e dreht sich das Gespräch vor allem um China, dessen repressives System offen als 'evil empire' bezeichnet wird. Das Regime habe vor allem Angst vor einem Zusammenschluss der Arbeiter mit den Studenten. Die USA setzen China unter Druck, was bereits zu weniger und auch leichteren Verurteilungen von Dissidenten geführt habe. China werden im Moment nur noch humanitäre Lieferungen geschickt.

Auf dem Gebiet der A b r ü s t u n g möchte die Schweiz aktiver werden. JAC entwickelt die Idee, dass die Schweiz neu als Mitglied im Zuge der Reorganisation der Abrüstungskonferenz in Genf teilnehme. Der Bundesrat habe dazu noch nicht Stellung bezogen. Die USA würden einen solchen Schritt warm begrüßen, die Schweiz scheint ein willkommener Kandidat zu sein. In diesem Zusammenhang wird JAC ersucht, die Schweiz solle im Non-Proliferationsbereich das Möglichste an Aufmerksamkeit entwickeln.

Auf entsprechende Fragen legt JAC die Situation bei den E W R - V e r h a n d l u n g e n dar und gibt seinem Unbehagen darüber Ausdruck. Als persönliche Meinung entwickelt er die Idee eines baldigen Beitrittsgesuches an die EG, damit wir wenn immer möglich parallel mit Oesterreich und Schweden und allenfalls Finnland den Beitritt aushandeln könnten.

Auf dem Gebiet der G e l d w ä s c h e r e i gilt die Schweiz in den Augen der USA seit einiger Zeit als Musterknabe. Die USA wollen daher, dass die Schweiz 1992 - 1994 in der von der G-7 installierten Financial Action Task Force das Präsidium übernehme. Die Schweiz möchte dieses heikle Amt erst ab 1994 antreten. JAC nimmt auf Insistieren der USA den erneut vorgebrachten Wunsch zum nochmaligen Studium entgegen, präjudiziert aber keine Antwort.